

Bitten Juso Superreiche zur Kasse? Die wichtigsten Fragen zur Erbschaftssteuer

Abstimmung vom 30. November Die Jungsozialisten fordern eine nationale Erbschaftssteuer für Vermögen über 50 Millionen Franken – zugunsten des Klimaschutzes. Gegner warnen vor Abwanderung und Steuerausfällen.

Mischa Aebi

— Was wollen die Jungsozialisten mit ihrer Volksinitiative erreichen?

Sie wollen eine nationale Erbschaftssteuer einführen. Diese würde nur sehr grosse Vermögen belasten und das Geld zweckgebunden für den Klimaschutz einsetzen. Offiziell heisst die Juso-Forderung: Volksinitiative für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert.

— Wer wäre betroffen?

Die Initiative sieht einen Freibetrag von 50 Millionen Franken vor. Vermögen unter dieser Freigrenze blieben steuerfrei. Bei grösseren Erbschaften würde nur der Teil, der diese Grenze übersteigt besteuert. Beispiel: Hinterlässt jemand ein Erbe von 60 Millionen Franken, wären 10 Millionen steuerpflichtig.

— Wie hoch wäre die Steuer?

Die Initiative sieht einen Steuersatz von 50 Prozent auf jenem Teil des Vermögens vor, der den

Freibetrag übersteigt. In unserem Beispiel würde also eine Erbschaftssteuer von 5 Millionen Franken fällig.

— Wozu sollen die Einnahmen aus der Steuer verwendet werden?

Sie müssten vollständig in Klimaprojekte investiert werden – etwa in den Ausbau erneuerbarer Energien oder jenen von Gebäudesanierungen.

— Warum wollen die Juso eine Erbschaftssteuer nur für Superreiche?

Laut den Juso «zeigen immer mehr Studien», dass «die Reichen mit ihren klimaschädlichen Investitionen und ihrem Konsumverhalten enorm zur Klimaverstörung beitragen».

— Wie gross wäre das erwartete Steueraufkommen?

Eine Studie im Auftrag des Bundes schätzt, dass die jährlichen Erbschaften aus Vermögen über 50 Millionen Franken zwischen 5,1 und 9,9 Milliarden Franken liegen. Daraus ergäbe sich theore-

tisch ein Steuerertrag von 2,5 bis 5 Milliarden Franken pro Jahr. Die Studie geht jedoch davon aus, dass unter dem Strich viel weniger Steuern anfallen oder gar ein Verlust resultieren könnte.

— Warum könnte unter dem Strich ein Verlust resultieren?

Die Studie geht davon aus, dass viele Superreiche versuchen würden, die Abgabe zu umgehen – etwa durch Auswanderung. So entgingen dem Bund auch Einkommens- und Vermögenssteuer. Unter dem Strich rechnet die Studie im besten Fall mit Mehrereinnahmen von rund 0,3 Milliarden Franken – im schlechtesten Fall sogar mit einem Nettoverlust von 0,7 Milliarden Franken.

— Würden Erbschaften von pauschalbesteuerten Ausländern auch besteuert?

Das ist umstritten. Pauschalbesteuerte Ausländer zahlen in der Schweiz keine regulären Steuern. Sie werden auf der Basis der Ausgaben besteuert. Ihre weltweiten Vermögen kennen die Steuerverwaltungen in der Schweiz nicht.

Ob diese Vermögen bei einer Annahme der Initiative im Erbfall besteuert würden, ist nicht abschliessend geklärt. In der Bundesstudie sind die Vermögen der pauschalbesteuerten Multimillionäre gar nicht berücksichtigt. Einige Rechtsexperten gehen jedoch davon aus, dass deren Erbschaften auch betroffen wären.

— Was sagen die Gegner?

Sie warnen vor einer Abwanderung von Vermögenden, einem Angriff auf das Schweizer Erfolgsmodell. Die Gegner warnen ausserdem davor, dass gesunde Schweizer Unternehmen nach dem Tod des Besitzers zerschlagen und ins Ausland verkauft werden müssten, weil die Nachkommen die Erbschaftssteuer sonst nicht bezahlen könnten.

— Warum gab die Initiative schon über ein Jahr vor der Abstimmung so viel zu reden?

Kritiker warnten früh, dass Superreiche – darunter auch Unternehmer – die Schweiz noch vor der Abstimmung ver-

lassen könnten. Der Grund: Die Initiative enthält eine Bestimmung, die so verstanden werden kann, dass ein späterer Wegzug nichts mehr nützt. Wer unmittelbar nach der Abstimmung ins Ausland zieht, könnte nachträglich mit einer Wegzugssteuer beladen werden, sodass die Steuer in einem späteren Erbfall sicher gestellt ist.

— Wie positionieren sich die Parteien?

Die SP und die Grünen unterstützen die Vorlage, wenn auch vorbehaltlos. Bürgerliche Parteien wie FDP, Mitte und SVP bekämpfen sie geschlossen.

— Was sagt der Bundesrat?

Er lehnt die Initiative ab und warnt vor negativen Folgen für das Land.

— Welche Chancen hat die Initiative an der Urne?

Erste Umfragen zeigen eine deutliche Skepsis. Viele teilen zwar die Klimaziele, zweifeln aber an der Eignung einer solchen Erbschaftssteuer als Instrument.